



Witten im **AUF**bruch

Ihre alternative Zeitung von **AUF WITTEN**

Nr. 2/2016

II. Quartal

Kampf um jeden Arbeitsplatz

Achim Czulwick

Ratsmitglied von AUF Witten



Seit Gründung unseres überparteilichen Kommunalwahlbündnisses sind wir mit dem Kampf um jeden Arbeitsplatz aufs engste verbunden.

Wir waren aktiv in der Unterstützung der Arbeitskämpfe bei Opel Bochum, im Solikreis Vogt electronic in Witten und werden das für jede andere Belegschaft tun, die den Kampf um ihre Arbeitsplätze aufnimmt.

Im ersten Jahr unseres Bestehens streikte die Opelbelegschaft Bochum vom 14. bis 20. Oktober 2004 sieben Tage **selbständig**, mit Werksbeset-

zung und Torblockaden und konnte die schon damals geplante Werkschließung erfolgreich verhindern.

Tausende Solidaritätsadressen aus Betrieben in Deutschland und anderen Ländern gingen damals ein.

Die Belegschaft stellte unter Beweis, dass so, in einem entschlossenen Kampf, der Kampf um die Arbeitsplätze aufgenommen werden kann und muss.

Allein in Witten sind tausende Arbeitsplätze in den letzten Jahren vernichtet worden.

Aktuell sind Arbeitsplätze bei real bedroht (s. Seite 3), ebenso beim Edelstahlwerk und in dem von der ZF Friedrichshafen übernommenen ehemaligen Bosch-Rexroth Werk.

Inhalt

- 1 Kampf um jeden Arbeitsplatz
- 2 TTIP und Montagsdemo
- 3 real: Belegschaft unter Druck
- 4/5 Leserbriefe
- 6/7 Feinstaub in Witten
- 8 rebellisches Musikfestival
- 9 Jugendpolitik in der Krise
- 10 Medizin für Kobane/Rojava
- 11 Weltfrauenkonferenz
- 12 Kolumne, Termine

Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze kann nicht immer erfolgreich sein.

Umso mehr muss genau deswegen der **Kampf um jeden Arbeitsplatz** aufgenommen werden.

Der Weltkonzern GM mit der Marke Opel konnte sich zwar nach 10 Jahren mit der Werkschließung in Bochum gegen die Belegschaft durchsetzen.

Doch das war kein Sieg. Zu keinem Zeitpunkt haben die dortigen Kollegen die Schließung akzeptiert.

Zu keinem Zeitpunkt waren sie bereit, sich dem Wohl von Aktienkursen und Dividenden zu beugen.

Dagegen muss man doch das ganze Wirtschaftssystem in Frage stellen, das die Existenz von Tausenden von Menschen für den Reichtum weniger bereit ist zu opfern.

Diese Fackel des Kampfes, sich seine Würde als Arbeiter und Angestellter zu bewahren, findet überall in der Republik Anerkennung und wird sicher zum Vorbild.



„Wir haben die Schließung niemals akzeptiert und tragen die Fackel weiter“ An der von der Montagsdembewegung organisierten revierweiten Protestkundgebung gegen die Schließung am 8. Dezember 2014 beteiligte sich auch AUF Witten.



Letztes Jahr im Herbst demonstrierten 250.000 Menschen gegen TTIP in Berlin, die bundesweite Montagsdemo beteiligte sich aktiv daran.

Am 23.4. weitere 90.000 Teilnehmer in Hannover. In Anwesenheit des US-Präsidenten auch erste Stimmen von Regierungsvertretern, man wolle TTIP nicht um jeden Preis.

Solche Äußerungen sollten uns nicht in Sicherheit wiegen.

Die sogenannten Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TTP, usw. treten die Rechte und Freiheiten der Menschen weltweit mit Füßen. Dabei geht es um Maximalprofite, davon nehmen die Initiatoren nicht einfach so Abstand.

Ein Kern ist, dass staatliche Gerichte durch Schiedsgerichte ersetzt werden. Dann entscheiden Konzernvertreter als Richter darüber, ob einfache Bürger oder

Umweltorganisationen mit Klagen gegen Konzerne durchkommen.

Verbriefte Rechte werden ersetzt durch eine Instanz, die scheinbar über den Parteien steht, aber eindeutig vom Kapital dominiert wird.

Auch mit der heutigen Gesetzgebung haben die Übermonopole alle Fäden in der Hand. Mit TTIP und Co werden aber Rechtspositionen aufgegeben, die der einfache Bürger bisher noch hatte, auch wenn das unzureichend war.

Die Forderung nach einem fairen Welt-handel im TTIP-Aufruf wird sich deshalb selbst mit einem Scheitern von TTIP nicht automatisch erfüllen.

Wer den Widerstand gegen TTIP deshalb mit dem Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung generell verbindet, der kann nichts falsch machen. Und das macht die

Montagsdemo und bietet ein Forum, sich darüber organisiert auseinanderzusetzen, wie auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz am 9.4. in Kassel. Dort wird ausgewertet:

"In den letzten Wochen und Monaten beobachten wir, dass sich in der Stimmung unter der Bevölkerung was ändert. Gewerkschaftliche Kämpfe erreichten 2015 einen Höchststand, antifaschistische Proteste haben zugenommen. Das Interesse von Passanten an den Montagsdemos wächst, schlägt sich aber noch nicht in einem größeren Zulauf zu den Montagsdemos nieder. (...)

Unser Auftreten auf der bundesweiten Großdemonstration am 10.10.15 in Berlin kam gut an, wir müssen uns aber viel mehr Gedanken machen, wie wir auf solchen Demonstrationen unübersehbar in Erscheinung treten und uns als Plattform des Widerstands gegen die Regierung verankern – mit größeren Transparenten, große Fahnen, Gasluftballons, T-Shirts u.ä."

Deshalb wird die Montagsdemo auch gegen die geplante Verschärfung der Hartz-Gesetze neue Wege gehen. Die Konferenz beschloss, einen bundesweiten Schwerpunkt auf den Montagsdemos am 6.6.2016 zum Protest gegen die Verschärfung der Hartz-Gesetze zu legen, örtlich eine Bündnisarbeit und ggf. regionale Aktivitäten zu machen.

Im Ruhrgebiet wird momentan darüber diskutiert, eine regionale Protestaktion z.B. in Essen durchzuführen.

Wer daran Interesse hat, kann sich auf der Montagsdemo Witten informieren.





Beschäftigte unter Druck

Flächentarif gekündigt

„real- ist seit 17. Juni 2015 ohne Tarifbindung. Mit dem Ausstieg ... setzt sich die Tariffucht deutscher Einzelhändler fort. Ein Wettbewerb, der immer mehr auf Lohndumping statt auf Qualität und gute Leistungen setzt, breitet sich im Einzelhandel so immer stärker aus.“

Weiter heißt es in einem ver.di Flugblatt:

„Wir treten für eine Rückkehr zum Flächentarifvertrag ein. In keinem Wirtschaftszweig gibt es so viel unverschämten Reichtum und so viel verschämte Armut.“

Einkommenseinbussen

Für die rund 38.000 Beschäftigten bedeutet der Austritt aus dem Flächentarifvertrag sofort Einkommensverluste. Seitdem abgeschlossene Tarifierhöhungen werden nicht mehr anerkannt und nicht mehr ausgezahlt.

Dabei soll es nicht bleiben. Weitere Angriffe sollen folgen, werden aber nur

tröpfchenweise und unbestimmt gestreut mit dem Hinweis, es sei noch nichts entschieden.

Das sieht nach Taktik aus, einen bundesweiten Arbeitskampf zu vermeiden und die Kampfbereitschaft zu zermürben. Im Einzelhandel herrscht ein brutaler Konkurrenz- und Verdrängungskampf, der auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen wird. Seit Jahren gibt es im Einzelhandel, darunter auch bei real-, immer wieder Streiks und Proteste dagegen.

Kampfbereitschaft

Am 10. März folgten auch Wittener Beschäftigte und aus weiteren 73 Filialen in NRW mit großer Beteiligung dem Streikaufruf von ver.di, am 11. März wurde in 70 real-, Filialen bundesweit gestreikt.

Gegen die Tariffucht wurde in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg protestiert.

Der Handelskonzern **Metro** als Eigen-

tümer von **real-** möchte das Geschäft mit der SB-Warenhauskette profitabler machen und die Konkurrenz ausstechen. Nach Angabe von Metro-Chef Olaf Koch, müsse man sonst einzelne Filialen verkaufen oder andere ganz schließen.

Der Belegschaft soll das als Sicherung der Arbeitsplätze schmackhaft gemacht werden.

Bezeichnenderweise gab es dazu von Metro/real-, bisher nur eine einzige konkrete Aussage: **die Beschäftigten sollen auf insgesamt 400 Millionen Euro verzichten.**

Ohne Beteiligung der Mitarbeiter seien die Umbaupläne nicht zu finanzieren und Schließungen nicht zu vermeiden, ließ die Geschäftsführung auf einer Informationsveranstaltung in Neuss durchblicken.

Am besten, die Beschäftigten, in der Mehrzahl Frauen im Niedriglohnbereich, bringen demnächst nicht nur ihre Arbeitskraft sondern auch noch Geld mit.

Für Metro geht es bei den Verhandlungen nicht darum, **ob** auf 400 Millionen Lohn verzichtet werden soll, sondern nur noch **wie**. Beispiele sind die **Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes um 75 Prozent** und die **Absenkung der Nachtzuschläge in der Zeit von 20 Uhr bis 22 Uhr von 50 bzw. 55 Prozent auf 20 Prozent**. Kann man solche „Verhandlungen“ überhaupt ernst nehmen?

Mit Lohnverzicht werden keine Schließungen verhindert, das ist sicher. Und mit Abwarten, bis bei den Verhandlungen was rauskommt, auch nicht.

Zuschriften

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Schwerlastverkehr

Den Leserbrief *"Unsere Straßen und wie wir damit umgehen"* von R.S. Witten in ihrer letzten *AUFbruch* Ausgabe Nr. 1/2016 möchte ich wie folgt ergänzen:

Die Thermohauben Sattelschlepper, die täglich unsere Wittener Straßen frequentieren, trifft man auch mit 4- oder 5-achsigen Sattelaufliegern an.

Eine Rücksprache mit einem Fahrer ergab, dass diese Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von **67 Tonnen** (4-achser) bzw. **76 Tonnen** als 5-achser (**in Worten: sechundsiebzig**) unsere Straßen belasten.

Diese Fahrzeuge fahren mittels besonderer Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung Arnsberg.

Damit sind diese Lkws bei weitem schwerer als etwa ein klassischer Lastzug, der bei 38 Tonnen endet.

Diese drastische Mehrbelastung unserer Straßen begründet auch den ruinösen Zustand derselben.

Es wäre interessant zu ermitteln, inwiefern sich die Edelstahlwerke an den Instandsetzungskosten der Wittener Straßen beteiligen.

Oder ist meiner Meinung nach Dank bezahlter Aufsichtsrattätigkeit unserer Bürgermeisterin damit wieder einmal ein Tuch des Schweigens und Duldens darüber gelegt worden?

W.S., Witten

Danke für Info über Feinstaub!

Danke an Herrn Seidel für die informative Berichterstattung über das Wittener Feinstaubproblem, wie es sonst in dieser Form nirgends zu lesen ist!

Gut, dass Sie uns Wittener Bürger umfassend darüber aufklären.

Das Feinstaubproblem geht uns alle an, auch ich habe den Eindruck, als wenn uns Wittenern von offizieller Stelle so einiges verschwiegen wird.

Wenn es zum Konflikt Umweltschutz und Profitdenken kommt, scheint es immer so zu sein, dass dem Profit der Vorzug gegeben wird.

Aber hier geht es um unserer aller Gesundheit. Die Tatenlosigkeit der etablierten Parteien und der Behörden ist erschreckend.



Informationen über Risiken kann jeder Laie im Internet finden, also könnten es Politiker und Behördenmitarbeiter ebenfalls - und entsprechend handeln!

Auch die inzwischen allseits beliebten holzbefeuerten Kaminöfen als regenerative Energiequelle erzeugen gesundheits-schädlichen Feinstaub. Es gelten seit 22.3.2010 Umweltauflagen in Form von strengeren Grenzwerten, die, wenn sie von den Betreibern ignoriert werden, nicht viel nützen. (z.B. Feinstaubfilter)

Somit ist auch jeder Bürger durch entsprechende Maßnahmen aufgerufen, das Feinstaubproblem so gering wie möglich zu halten.

Doch wenn sich wirklich etwas Substanzielles ändern soll, müssen wir gemeinsam in einer konsequenten Umweltbewegung aktiv werden. Jeder für sich, wird nicht ausreichen. Man kann ja z.B. in der Umwelt AG von *AUF Witten* mitmachen oder in der Umweltgewerkschaft.

A.B., Witten



Wer trägt die Kosten?

Feinstäube sind höchst gefährlich

Vielen Dank, dass sich der *AUFbruch* seit längerem und immer wieder mit dem Thema Feinstaub beschäftigt.

Ich habe den Eindruck, dass dieses Problem von der in Witten tonangebenden Politik weitgehend ignoriert wird und kein wirkliches Interesse daran besteht, sich den Gefahren zu stellen und sie zu minimieren.

Da ich mich selber mit dem Schutz der Umwelt vor ihrer systematischen Vergiftung beschäftige, habe ich mir das Buch, das ihr Ratsvertreter in seinem Artikel „Feinstaub in Witten kein Problem?“ lobend erwähnt hat, auch besorgt.

Ich musste feststellen, dass dies eine sehr gute Kaufentscheidung war, handelt es sich doch um ein höchst interessantes und alles wesentliche Umweltfaktoren im Zusammenhang darstellendes Buch.

Auch zum Feinstaub kommt eine Passage, die ich gerne zitieren will, macht sie doch die Dimension klar, um die es dabei geht:

„Nach den Berichten der WHO sterben jährlich zwei Millionen Menschen durch giftige Feinstäube, die sie aus der Luft

aufnehmen. Der von der WHO empfohlene Grenzwert des Feinstaubs von 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft wurde im Jahr 2008 im Weltdurchschnitt mit 71 Mikrogramm um das Dreieinhalbfache überschritten. Jeder Zuwachs an Feinstaubbelastung um 10 Mikrogramm je Kubikmeter Luft erhöht das Risiko eines Herz-Kreislauf-Tods um 1,6 Prozent.“

Soweit das Buch *Katastrophenalarm*, Seite 221. Angesichts der aktuellen Enthüllungen über die vorsätzliche und betrügerische Manipulation der Automobilkonzerne an der Abgasreinigung und somit mutwillige Belastung der Umwelt mit Feinstäuben ist das ein weiterer Nachweis für die Notwendigkeit, den Umweltschutz zu verbinden mit dem Kampf gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur. An einer weiteren Stelle des Buches wurde mir dabei deutlich, dass auch unsere psychische Gesundheit bedroht ist.

Die in Frage kommenden Gifte können auch mit dem Feinstaub als Träger in unseren Organismus gelangen. Um welche Stoffe es sich handelt, steht auf Seite 223:

„Eine wichtige Rolle bei der Zunahme psychischer und physischer Krankheiten spielen **neurotoxische Umweltgifte**, etwa Dioxine, PCB oder Schwermetalle. Sie schädigen das Gehirn, stören den Stoffwechsel im Gehirn, die Funktionen der Botenstoffe. Psychische Erkrankungen sind dann die Folge.“

Wir in Witten sind davon bestimmt auch betroffen, denn die genannten Gifte werden auch in der Stahlproduktion freigesetzt. Wendet man sich aber an die Aufsichtsbehörden, entspricht immer alles den Normen.

Man soll sich wohl an alles gewöhnen und keinen Widerstand leisten. Dazu gehört auch die Theorie der Grenzwerte. Für mich haben die Grenzwerte mittlerweile nur noch die Funktion, dass man mit ihnen nachweisen kann, dass diejenigen, die damit ihre umweltgefährdende Produktion begründen, sich selbst nicht daran halten.

Biologisch gesehen sind Grenzwerte ein Unsinn, denn je nach Reaktionsfähigkeit des betroffenen Organismus können zu einem bestimmten Zeitpunkt schon

geringste Mengen eine Krankheit auslösen und auch, wenn sie mal im Gange ist, aufrechterhalten.

Dem Betroffenen nützt dann ein Grenzwert, der tausend anderen Menschen nichts anhaben kann, gar nichts.

B.K. Witten

Jugendpolitik - Altersarmut

Sie sollten Themen wie „Kinderfreundliches Witten“ mal wieder etwas mehr in den Blick nehmen, die Jugendpolitik in Witten scheint mir ziemlich perspektivlos.

So fordern die Entgleisungen der Jungen Union richtig heraus, wenn sie sich an einem antifaschistischen Protest gegen Brandstifter unter anderem deshalb nicht beteiligt, weil Ché Guevara Plakate mitgeführt worden seien – das wäre doch ein Massenmörder.

Da hat die Junge Union weniger was zu Ché (als Idol für viele rebellische Jugendliche) gesagt, sondern eher was über sich selbst.

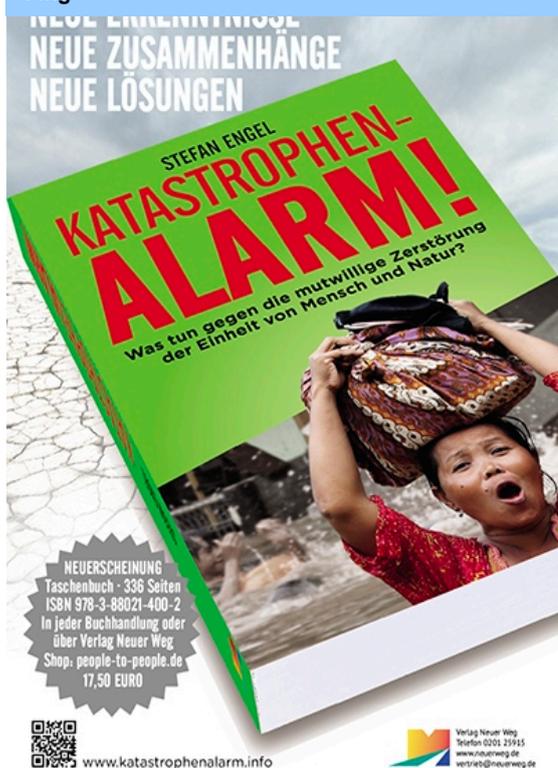
Da passt ihre angepasste Forderung nach Rente mit 70 ganz gut, die mit einer angeblichen Fürsorge für kommende Generationen begründet wird, in Wahrheit aber eine Rentenkürzung darstellt.

Wie wäre es mal mit der Abschaffung der Leiharbeit und Anhebung der Niedriglöhne, da würde tatsächlich was für künftige Rentner rauskommen?

Anstatt die Jugend gegen die Rentner auszuspielen, müssen wir gemeinsam anpacken. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, als ob Rentner der jüngeren Generation auf der Tasche liegen. Schließlich haben sie jahrelang dafür gearbeitet. Dass Rentenbeiträge gekürzt werden, damit die Unternehmer entlastet werden, dafür können sie nichts.

A.S. Witten

Hier das vom Leser empfohlene Buch, zum Preis von 17,50 € zu erhalten über [webshop www.people-to-people.de](http://webshop.www.people-to-people.de) oder in jeder Buchhandlung





Feinstaub in Witten - eine unendliche Geschichte?

DEW vom Ruhrdeich Richtung Norden. Die Abluftventilatoren sind vom Bahnsteig aus nicht zu sehen und blasen so verdeckt und höchstwahrscheinlich ohne dezidierte Messung Stäube in die Luft. (eigenes Foto)

Wolfgang Seidel

Bürger der Stadt Witten



Seit 05. November 2015 bemühe ich mich, zunächst bei Wittens „Umweltmanagerin“, dann bei der letztlich zuständigen Bezirksregierung in Arnsberg, Antworten auf das Feinstaubproblem in Witten zu bekommen.

Zwischenzeitlich informierte ich die Öffentlichkeit in dieser Zeitung in der Ausgabe 1-2016, die im Internet unter www.auf-witten.de nachzulesen ist.

Mittlerweile habe ich am 29.03. von Frau Karoline Karch von der Bezirksregierung Arnsberg eine Antwort auf meine eMail vom 07.03.2016 erhalten.

Ich möchte den geneigten Lesern den wesentlichen Inhalt nicht vorenthalten.

In gewisser Weise ist es ein Lehrstück in Sachen Bürokratie, über das man schmunzeln könnte, wäre unsere Gesundheit und die unserer Nachkommen nicht eine so ernstzunehmende Sache.

Langsam gewinne ich aber den Eindruck, dass nicht unsere Gesundheit die primäre Frage ist, um die es geht, sondern ob man dem besorgten Bürger mit

Hinweis auf Paragraphen und Verordnungen nachweisen kann, dass seine kritischen Fragen im Grunde gegenseitiglos sind.

Neue Fragen

Aus der Antwort von Frau Karch ergeben sich folgende Erkenntnisse, aber auch neue Fragen:

Zur Umweltzone für Witten

1. Zuständig für die Aufstellung von **Luftreinhalteplänen** ist die Bezirksregierung Arnsberg.

2. Zuständig für das Ergreifen von Maßnahmen, wie die **Errichtung einer Umweltzone** wegen Überschreitung der Stickstoffdioxidgrenzwerte, ist die Stadt Witten selber.

Anmerkung: Ein Antrag der Grünen wurde in der Historie negativ beschieden, weil das nicht gut für den Ruf der Stadt wäre ...

3. Lügen Erkenntnisse für eine **Überschreitung der Feinstaubkonzentrationsgrenzwerte** vor, wäre die Bezirksregierung zusammen mit der Stadt Witten zuständig, ggf. als Option eine Umweltzone einzurichten.

Der Bezirksregierung liegen derartige Erkenntnissen aber **nicht** vor.

Dabei erfolgte **die letzte Messung im Jahr 2008, vor 8 Jahren!** In welchen Zeiträumen wird hier gearbeitet und geplant?

Bezirksregierung Arnsberg		
Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 59817 Arnsberg		Datum: 29. März 2016 Seite 1 von 5
per E-Mail Wolfgang Seidel		Aktenzeichen: 53-AR-Ka bei Antwort bitte angeben
Immissionsschutz - Luftreinhalteplanung LRP Witten		Auskunft erteilt: Karoline Karch karoline.karoh@bezreg- arnsberg.nrw.de Telefon: 02931/82-2420 Fax: 02931/82-2388
Ihre Anfrage vom 06.01.2016 und vom 04.02.2016 sowie Ihre Anfrage vom 07.03.2016		Seibertzstraße 1 59821 Arnsberg
Sehr geehrter Herr Seidel,		
vielen Dank für Ihre erneute Anfrage.		



Die Abluftventilatoren bei DEW verdeutlichen die Problematik von Jahresmittelwerten. Menschen, insbesondere Erkrankte, Ältere oder Säuglinge, erkranken nicht am Jahresmittelwert, sondern an akuten Überschreitungen der Feinstaubkonzentration. Ist das Krankheitsbild erstmal voll entwickelt, reichen in der Folgezeit schon geringste Mengen als Auslöser für Rückfälle. Diese biologischen Zusammenhänge werden bewusst ignoriert, damit die Ertragsbilanzen nicht gefährdet werden.

Zur Feinstaubbelastung in Witten:

1. Da woanders der Feinstaub zurückginge, wird davon ausgegangen, das sei auch in Witten so.

Anmerkung: Offenbar ist die Feinstaubproblematik moderner Dieselmotoren der Bezirksregierung unbekannt.

Oder wird einfach ausgeblendet.

Dabei ist doch allgemein bekannt, dass moderne Dieselmotoren im Kurzstreckenbetrieb (Busse, LKW's, Taxis), insbesondere im Stop and Go Verkehr der Ruhrstr., nicht die entsprechenden Betriebstemperaturen für eine geeignete Abgasreinigung erreichen oder aufrechterhalten.

2. Die Bezirksregierung will meinen Hinweis über das vermehrte LKW Aufkommen trotz Durchfahrtsverbots in der Ruhrstrasse an die Stadt Witten zumindest weiterleiten.

Zur Forderung nach einem kontinuierlichen Messverfahren

1. Seitens der Bezirksregierung wird der Einsatz von Passivsammlern, ohne Betrachtung der Spitzenbelastungen in den Hauptverkehrszeiten, als ausreichend betrachtet, da nur der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid betrachtet wird.

Anmerkung: Die EU betrachtet dagegen auch den stündlichen Mittelwert seit 01.01.2010 und nicht nur das Jahresmittel, welches erst seit 01.01.2015 eingehalten werden muss, nachzulesen auf der Internetseite:

<http://ec.europa.eu/environment/air/quality/standards.htm>.

Laut einigen Artikeln der WAZ werden die *Ergebnisse der Passivsammler aus dem Jahre 2015 noch unter Verschluss gehalten*. Hier wird offenbar befürchtet, dass dank EU Verordnung ggf. die Ruhrstr. verkehrstechnisch eingeschränkt werden müsste.

Zur Messung der Feinstaubkonzentration in Stahlwerksnähe

1. Die in der Messstation WIM2 ermittelten Überschreitungen beim Feinstaub werden nur im Jahresmittel ausgewertet, die monatlichen Überschreitungen dagegen werden nicht herangezogen.

Zur Messung des Staubniederschlags im Umfeld der Edelstahlwerke

1. Auch hier werden die in den Messpunkten WITT001 - WITT004 ermittelten Überschreitungen des (Grob-)Staubniederschlags nur als Jahresmittelwerte ausgewertet, die monatlichen Überschreitungen fallen unter den Tisch.

Sonderfallprüfung zu Nickeldeposition:

1. Obwohl die Messwerte etliche Grenzwertüberschreitungen, unter anderem sogar auch die des Jahresmittelwertes aufweisen, sei ein hinreichender Verdachtsmoment laut der Bezirksregierung Arnsberg nicht gegeben. Sie verweist dazu auf Ziffer 4.8 der TA Luft. (Technische Anweisung Luft)

Unter dieser Ziffer findet man, dass die TA Luft für hinreichende Verdachtsmomente für eine Sonderfallprüfung Nickel nicht heranzieht und somit solch eine Sonderfallprüfung nicht zu begründen sei.

Tabelle 8: Depositionswerte als Anhaltspunkte für die Sonderfallprüfung

Stoff/Stoffgruppe	Ackerböden µg/(m ² ·d)	Grünland µg/(m ² ·d)
Arsen	1 170	60
Blei	185	1 900
Cadmium	2,5	32
Quecksilber	30	3
Thallium	7	25

Obige Tabelle ist aus der TA Luft, Ziffer 4.8 entnommen. Sie weist den Gefahrstoff Nickel überhaupt nicht aus, obwohl Nickel kreberzeugend und typisch für die Stahlproduktion ist. Mit Verweis auf diese Ziffer stellt sich die Bezirksregierung für ihre Untätigkeit selbst ein Alibi aus.

Messwert für 2015 noch unter Verschluss

Laut Landesumweltamt und Umweltministerium ist daran nichts Ungewöhnliches

Stickstoffdioxid (NO₂) belastet laut Umweltbundesamt vor allem die Atemwege. Es reizt die Schleimhäute – Hustenreiz, Atembeschwerden und Augenreizung treten auf. Außerdem wird eine Zunahme von Herz- und Kreislauf-erkrankungen beobachtet.

Die Wittener Mess-Station befindet sich in der Nähe des Burgkinos. „Passivsammler“ (kleine Dosen) nehmen jeweils ca. vier Wochen die Stickoxid-Belastung der Umgebungsluft auf. Das Ergebnis wird im Labor ausgewertet. Dann wird ein Jahresmittelwert errechnet. Die Ergebnisse für die Ruhrstraße: 2009 51 Mikro-



Als mitverantwortlich für die hohe NO₂-Belastung der Ruhrstraße gelten die Dieselbusse und die fehlende Querlüftung. FOTO: JÜRGEN THEOBALD

gramm (pro Kubikmeter Luft); 2010 52 Mikrogramm; 2011 und 2012 48 Mikrogramm; 2013 51 Mikrogramm; 2014 48 Mikrogramm. Der EU-Grenzwert: 40 Mikrogramm.

Die Messwerte sind grundsätzlich öffentlich zugänglich (www.lanuv.nrw.de). Das Landesamt für Natur, Umweltschutz und Verbraucherschutz hatte die Veröffentlichung des

NO₂-wertes für 2015 für Ende Februar angekündigt.

Obwohl der Wert für Witten dort vorliegt, hat das Landesumweltministerium NRW diesen aber bisher noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Dies gelte auch für andere Stoffe (z.B. Benzol, Feinstaub) und andere Städte – und sei keineswegs ungewöhnlich, erklären Umweltamt und Umweltministerium übereinstimmend. Das Ministerium ist berichtspflichtig gegenüber der EU-Kommission. Zeitgleich mit der Veröffentlichung der Luftmesswerte will es mitteilen, welche Konsequenzen es daraus ziehen will. joko

Das Fazit

Bisher ist kein einziges der von mir angesprochenen Probleme gelöst worden. Immerhin hat sich die Bezirksregierung zu einer ausführlichen Antwort durchgerungen.

Daraus geht aber eine gravierende Unterschätzung hervor, wie sich eine Vergiftung der Umwelt auf uns Menschen auswirkt. Hier wird sich erst etwas ändern, wenn sich die Betroffenen selber zusammentun und wehren.



Feiern mit Perspektive

Nach der gelungenen Premiere findet 2016 das 2. Rebellen Musikfestival im Thüringer Wald statt.



Erlebe ein Wochenende voll rebellischer und revolutionärer Musik - von Ska, Punkrock, Hip-Hop über Elektro bis hin zu Rhythmen aus Kurdistan, dem "arabischen Frühling" oder Lateinamerika.

Dieses Festival bezieht Position: Für internationale Solidarität - keinen Fußbreit den rechten Brandstiftern!

Es steht im Zeichen der Rebellion gegen die Flüchtlingspolitik der EU und Mer-



Irie Revoltés lässt den ganzen Waldgrund beben

kels Heuchelei. Es ist ein Festival der Rebellion gegen Ausbeutung, Unterdrückung und ungerechte Kriege, für die Rettung der Umwelt und Arbeitsplätze.

Als Benefizfestival unterstützen wir das "Haus der Solidarität" in Truckenthal: Eine Flüchtlingsunterkunft mit demokratischer Selbstverwaltung in Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf.

Feiern zu richtig guter Musik von authentischen Bands mit Botschaft. Erlebe die Atmosphäre des Zusammenhalts, Respekts und ehrlichen Engagements - ohne Sexismus und Drogen. Alles wird von hunderten Händen selbstlos organisiert.



Humorvoll und traditionell: 44 Leningrad



Ausgelassene Stimmung am Abend!

An Infoständen findest du Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden.

Lass Dir die einzigartige Truckenthaler Waldbühne nicht entgehen. Schlag Dein Zelt unterm Sternenhimmel auf und genieß die wunderschöne Natur.

Du willst die Vorbereitung unterstützen?

Der Jugendverband REBELL bereitet hier in Witten und Hattingen in seiner Festival-AG das Rebellen Musikfestival vor: jeden Freitag um 18:00 Uhr im Jugendtreff Hattingen-Welper.

Schreib an rebell-en@gmx.de oder info@rebellischesfestival.de.

Komm am 6. Juni zum Warm-up Konzert nach Dortmund.

weitere Infos unter

www.rebellischesmusikfestival.de

Jugendpolitik in der Krise

Ulrich Wagner

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Womöglich ist es das wohl nervigste Wort des Jahrhunderts: Sparen! Wenn es von den Politikern heißt, "wir" müssen sparen, meinen sie damit, dass sie

uns noch mehr wegnehmen wollen. Kinder und Jugendliche trifft das meist mit besonderer Härte.

Die bisherige Sparpolitik im Jugendbereich ist gescheitert, weil sie an der Zerrüttung der Familien als Folge der Arbeits- und Sozialpolitik nichts ändert.

In den 90er Jahren wurden Gelder bei der ambulanten Kinderbetreuung *eingespart*, was die Kosten auf die erheb-

lich höheren Aufwendungen für Heim- und Pflegefamilien-Unterbringung verlagerte. Auch deswegen **sind erhebliche Mehrkosten für die Stadt Witten** entstanden. Alleine für die Heimunterbringung sind diese um gut **5 Mio. Euro seit 2005** gestiegen auf zuletzt **6,3 Mio. Euro**. Aber auch die Kosten für die ambulanten Hilfen sind **seit 2009 um 1,5 Mio. Euro** gestiegen, weil immer mehr Eltern und Alleinerziehende in Schwierigkeiten geraten.

Die **Spielplatzoffensive** war ein anderer Versuch, mit weniger Geld auszukommen. Spielplätze wurden verkauft oder sollen verkauft werden wegen ein paar wirklich toll zentral gelegenen Spielorten. Zum Leidwesen derjenigen, die zu weit weg wohnen, oder selbst was auf die Beine stellen wie die Familien im Gemeindeneck (wir berichteten mehrfach).

Gleichzeitig wird der Kornmarkt zu einem kostenpflichtigen Parkplatz umfunktioniert, damit nicht eine Spielfläche entsteht, die man nachher nicht mehr wegwirgt, wie der neu gekürte SPD Fraktionschef Dr. Rath seinerzeit als Befürchtung äußerte.

Ist das die Vision davon, wie sich unsere Kinder entwickeln sollen?

Auch das Stadtbad fiel der Denkweise zum Opfer, Investitionen würden sich nicht lohnen. Ob Kinder schwimmen lernen oder nicht, ist wohl nicht so wichtig.

Dafür kann auf dem Gelände jetzt mit einem Altenheim sogar Geld verdient werden.

Dieses *Sparen* soll alternativlos sein? **Das einzige was in meinen Augen alternativlos ist, ist sich dagegen zu organisieren, zu rebellieren, für eine menschenwürdige Politik aufzustehen.**

Alternativlos ist es, sich tiefgehend mit den Dingen zu befassen und nicht bloß auf Wikipedia mal schnell nachzulesen. Ebenso alternativlos ist, sich eine gesellschaftliche Perspektive zu verschaffen.

Gerade Jugendliche sind hier gefragt mit ihrem **Ideenreichtum** und ihrem Drang danach, etwas zu **erleben** und zu **verändern**. Nicht umsonst kann man bei **AUF Witten schon mit 16 Jahren Mitglied werden.**

Die Frage ist also nicht, ob ein paar schöne zentrale Spielflächen gut sind und ob man durch das Sparen nicht versucht hat, die Situation ein bisschen besser zu machen.

Der **Maßstab** muss sein, ob wir alles vor Ort haben, um uns frei entfalten zu können und wie wir das erreichen wollen.

Deshalb möchte ich alle LeserInnen auffordern, uns zu diesem Thema zu schreiben oder ein persönliches Gespräch mit uns zu führen.

Sommercamp 2016
Rebelliges Sommercamp meets kurdische Flüchtlinge
 Freunde fürs Leben - Erholung - Internationale Solidarität **live!**

Frühbucherrabatt bis 15.05.2016..
 ab **125€** 1 Woche
235€ 2 Wochen
365€ 3 Wochen

23.07.-13.08. Jugendcamp
 30.07.-13.08. Kindercamp
 Truckenthal / Thüringen
 www.rebell.info

REBELL **ROTFÜCHSE**

Das Sommercamp des Jugendverband Rebell ist ein starkes Gegenprogramm zum herrschenden Konsumdenken. Wer fährt mit mir dahin?

Solidarität mit Kobanê

Benefizveranstaltung in Witten brachte 4.300 Euro

Wir dokumentieren nachfolgend einen anschaulichen Bericht über die Benefizveranstaltung "Medizin für Rojava - Solidarität mit Kobanê" aus dem "Rote Fahne"-Magazin der MLPD, Ausgabe Nr. 8/2016 vom 15.4.2016:

Am 2. April fand die Benefizveranstaltung „Medizin für Rojava - Solidarität mit Kobanê“ in der „Werkstatt“ in Witten statt.

Ab 14 Uhr erlebten 250 Besucherinnen und Besucher über den Tag verteilt ein buntes Programm: mit Musikern wie **Zozan Hunermen**, **Rauf Keles Hunermen**, **Aksevi Sinem Abdullah** oder **Grub Derman**, mit Gedichten von **Sirin Aydin**, mit Tombola, Essen, Trinken und vielem mehr.

Zülfü Altunok als Hauptorganisator des **Solikomitees Witten** eröffnete das Kulturprogramm um 15.30 Uhr. Er berichtete über seine jahrelange Solidaritätsarbeit für verschiedene kurdische Gebiete aber auch Bosnien, Angola, Pakistan und die Türkei.

Die Präsentation des Dokumentarfilms „Den Sieg sichern“ zum Bau des Gesundheitszentrums in Kobanê mithilfe internationaler Brigaden der ICOR (Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen) stieß auf große Begeisterung.

Nach dem Film sprach **Gabi Gärtner**, Leiterin der zweiten ICOR-Brigade und Mitglied des Zentralkomitees der MLPD,



Zülfü Altunok, zweiter von rechts, bei der Übergabe der 4.300 Euro.

für die ICOR über das Projekt. Sie bekam dafür viel Beifall - besonders für ihren Angriff auf die Bundesregierung und deren Kumpanei mit dem reaktionären Erdogan-Regime, die sich gegen den Befreiungskampf in Rojava richtet.

Weitere Redner waren **Dr. Romeo Frey** für das Kommunalwahlbündnis „AUF Witten“ sowie **Renate Mast** und **Dr. Willi Mast** als Vertreter der Initiative „Medizin für Rojava“. Bis 22 Uhr wurde gefeiert und getanzt.

Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen haben diese Veranstaltung gemeinsam vorbereitet; darunter die Initiative „Medizin für Rojava“, „Dersim

Gemeinde Bochum“, „Friedensforum Witten“, Kommunalwahlbündnis „AUF Witten“ und die MLPD.

Auch Organisationen wie Courage, der Jugendverband REBELL und die SDAJ sagten ihre Unterstützung zu. Viele Einzelhändler, Ärzte, Apotheken, Versicherungen usw. unterstützten die Veranstaltung.

Dadurch kamen schon zur Vorfinanzierung 1 500 Euro zusammen. Nach der Endabrechnung konnten über 4.300 Euro an die Initiative „Medizin für Rojava“ übergeben werden. Die Veranstaltung setzte sich auch gegen antikommunistischen Gegenwind durch. Umso höher ist ihr Erfolg zu werten!



Der traditionelle Volkstanz Halay verbindet die Menschen!



Den Sieg sichern!

Zum Bau eines Gesundheits- und Sozialzentrums in Kobanê durch internationale Brigaden der ICOR

Zu dem Projekt ist jetzt ein 50 minütiger Dokumentationsfilm von Mark Zorko erschienen, den wir jedem wärmstens ans Herz legen. Preis der DVD 15 €

Bericht der stellv. Europakoordinatorin Angélica Urrutia

Frau Urrutia ist verheiratet und Mutter zwei erwachsener Söhne. Seit 20 Jahren im Frauenverband Courage Hattingen, Mitglied der MLPD und von ver.di.

Seit 12 Jahren ehrenamtlich in der Koordinierungsgruppe des Frauenpolitischen Ratschlags.

Die Betreuung und Förderung traumatisierter Flüchtlingsfrauen und Jugendlicher sowie der proletarische Internationalismus liegen ihr besonders am Herzen. Sie ist Diplom Sozialpädagogin mit therapeutischer Ausbildung. Hier nun ihr Bericht:

Die zweite Weltfrauenkonferenz (WFK) der Basisfrauen hat in Kathmandu/Nepal vom 13. bis 18. März 2016 erfolgreich stattgefunden.

Unter dem Motto „Frauen der Welt erklimmen die höchsten Berge“ haben 1.300 Teilnehmerinnen und Delegierte von Basisorganisationen aus 48 Ländern - Afrika, Asien, Nah- und Mittleren Osten, Europa und Lateinamerika - über die Lebenslage der Frauen weltweit diskutiert, berichtet und gemeinsam Resolutionen verabschiedet. Die hohe Beteiligung junger Vertreterinnen zeigte, wie selbstbewusst sie sich für die Vertretung ihrer Interessen weltweit einsetzen. Die Hauptresolution brachte die Ergebnisse auf dem Punkt. Hier ein Auszug:

„Immer mehr Basisfrauen und Frauenorganisationen bringen sich ein, gegen patriarchale Strukturen, gegen Imperialismus und für die Emanzipation der Frau zu kämpfen. Dazu trug die Grundlage der Weltfrauenkonferenz bei, alle kämpferischen Frauen und Frauenorganisationen an der Basis weltweit aufzurufen, sowie das Prinzip, auf Grundlage der breitest möglichen Demokratie zu arbeiten. Dies ist besonders bedeutend, da die Herausforderungen an die weltweite Frauenbewegung mit der Verschärfung der Krise des Imperialismus wachsen. Die Krisenlasten werden auf den Rücken der arbeitenden Menschen der Welt und besonders der Frauen abgewälzt.“

Das sechstägige Programm mit Demonstration, zweitägigen Workshops und Delegiertenversammlung, internationalen Kulturbeiträgen und Abschluss-



Empfang bei der Präsidentin Nepals

Angélica Urrutia in der Mitte (mit Brille)

plenum hatte einen kämpferischen Charakter und war politisch hoch drei.

Die Demonstration im Zentrum von Kathmandu, mit ca. 2.000 Frauen, aber auch Männern, fand großen Zuspruch und beeindruckte die Nepalis positiv.

Bei der offiziellen Eröffnungszeremonie hielt Frau **Onsari Gharti Magar**, Sprecherin des nepalesischen Parlaments, eine Rede, der Saal der Academy war voll mit Frauen in bunten Kleidern.

Der kämpferische Geist der Frauen begleitete die gesamte Konferenz.

Die Koordinatorinnen aus vier Kontinenten und die Delegierten der Länder hielten ihre Berichte über die Lebenslage und Aktivitäten der Frauen.

Monika Gärtner-Engel, die Initiatorin der WFK, berichtete über die Vorbereitungsprozesse der Konferenz und die besonderen Erfolge und Solidarität der internationalen Frauenbewegung wie die gemeinsame Unterstützung des Kampfes in Rojava/Syrien:

„Das ist ein Brennpunkt des weltweiten Kampfes für Freiheit und Demokratie und für die Verwirklichung der Befreiung der Frau“, hob sie hervor.

Ein besonderer Dank ging an alle DolmetscherInnen und Helferbrigaden. In acht verschiedene Sprachen wurde übersetzt. Alle arbeiteten unentgeltlich.

Die Präsidentin Nepals, **Frau Bhandari**, lud eine Delegation am letzten Tag zum Regierungspalast ein.

Sie berichtete über den Kampf gegen alte Traditionen, gegen Gewalt und Armut im Land und die enorme Bedeutung der Konferenz für sie:

„Die Resolution“, so sagte sie, „habe ich im Herzen unterschrieben“.

Viele neue Kontakte sind entstanden und wir freuen uns, dass sich die drei Internationalen Kampf – und Aktionstage am **8. März**, **1. Mai** und **25. November** weltweit etabliert haben.

Weitere Infos unter:

<http://conferenciamundialdemujeres.org/>



Delegierte mit Angélica

Man lernt nie aus ...

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von AUF Witten



Am 26. März jährte sich der Super-GAU in Tschernobyl zum 30. Mal. Doch unbeirrt behaupten die Betreiber, Atomkraftwerke seien sicher.

Dazu **Gregory Jaczko**, ehemaliger Chef der US-Atomaufsicht:

„Wenn Atomaufsichtsbehörden „sicher“ sagen, meinen sie, dass das AKW den für es geltenden Standards entspricht. Aber diese Standards sind nie so angelegt, dass sie jeden möglichen Unfall verhindern. Sie sind nur da, um sicherzustellen, dass die Anlagen in den meisten Fällen ohne Unfall laufen. Sie garantieren nicht – und können auch nicht garantieren –, dass es nie einen Unfall gibt.“ (1)

Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima bestätigen das, die Folgen belasten noch Jahrtausende unseren Globus.

Auch die Behauptung, Fracking sei ei-

ne sichere Zukunftstechnologie gehört in diese Kategorie. Zu Recht gibt es auch hier einen wachsenden Widerstand.

Dem trägt die Politik scheinbar Rechnung, wenn am 1. Februar der Chef der NRW Staatskanzlei Josef Mersch-Mense ankündigte, **Fracking soll in NRW über den Landesentwicklungsplan (LEP) ausgeschlossen werden.**

Doch im Entwurf des LEP ist Fracking zur Ölgewinnung **ausnahmslos** erlaubt. Für die Gasgewinnung kann Fracking in bestimmten Sandsteinformationen, sogenannten *Tight-Gas-Reservoirs*, **uneingeschränkt** erfolgen.

In Schiefergestein und Kohleflöz-Gasreservoirs ist zwar die industrielle Förderung mittels Fracking (noch) untersagt. Das bedeutet jedoch **kein generelles Verbot von Fracking. Erkundungs-, Probe und Forschungsbohrungen** sind nicht ausgeschlossen und **werden schon durchgeführt.**

Die **Mingas GmbH**, die bis 2014 zum RAG-Konzern gehörte, hat eine **„Aufsuchungsgenehmigung zur Gasförde-**

rung“ für das gesamte Grubenfeld von Auguste-Viktoria einschließlich der Anschlussbaufelder beantragt.

Nach Einstellung der Kohleförderung werden von der RAG-Spitze die Vorbereitungen zur **Verfüllung der nördlich gelegenen Schächte 8 und 9** mit Hochdruck vorangetrieben. Das bedeutet zwangsläufig, **dass die 7. Sohle des Bergwerks geflutet wird.** Damit werden nicht nur riesige Mengen Giftmüll frei, wie die AUF-Organisation *„Kumpel für AUF“* enthüllt hat. **Sondern auch die Weichen für Fracking im Ruhrgebiet gestellt.**

Auf der Jagd nach Profiten wird auf die Umwelt keine Rücksicht genommen. Deshalb sollten wir uns nicht mit Beruhigungspillen vom Kampf abbringen lassen.

Die über 30jährige Taktiererei der Atomkonzerne mithilfe ihrer Regierungsfreunde ist dafür ein **gutes Lehrbeispiel.**

Wir brauchen eine bewohnbare Erde und lebenswerte Zukunft.



Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Mo., 02. Mai:** Gesprächsrunde zur Montagsdemo, 18 Uhr, Café Jané, Bahnhofstr. 53
- **Fr., 03. Juni:** Umwelt-AG, 17.30 Uhr, Café Jané, Bahnhofstr. 53
- **So., 26. Juni:** Mitgliederversammlung von AUF Witten, 11 - 13 Uhr, Sportlerklausur, Hörderstraße 303, Witten-Stockum
- **Sa., 23. Juli:** Sommerfest von AUF Witten, ab 15 Uhr, Kahler Plack, Witten-Annen
- **Sa., 06. August:** Infostand AUF Witten, Ecke Bahnhofstr./Nordstraße, 11-13 Uhr

Schlussredaktion für *Witten im AUFbruch 3-2016* ist Montag, 1. August, Einsendungen bitte 1 Woche vorher

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de